

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 68 (1974)
Heft: 7-8

Artikel: Weltrundschau : 1. Halbjahr 1974
Autor: Geiss, Imanuel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142380>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltrundschau

1. Halbjahr 1974

Im vergangenen Halbjahr 1974 haben sich die Krisenmomente weiter verschärft und sind deutlicher als je sichtbar geworden — global wie je national. Teile der Menschheit leben sich in katastrophalem Ausmaß immer weiter auseinander, sodaß die Unterschiede zwischen ihnen und die damit entstehenden Spannungen immer beängstigender werden:

Der Mensch zerstört die Natur ...

Während sich in den Industrieländern die Dialektik der «Naturbewältigung» durch die Überindustrialisierung immer deutlicher zeigt, zum Beispiel die diversen Gift- und Atommüllskandale in der Bundesrepublik als einem der am stärksten industrialisierten Länder der Erde, wiederholt sich in der Sahel-Zone Afrikas mit der nun ins sechste Jahr gehenden Dürreperiode ein Vorgang aus der jüngeren Steinzeit — die Ausdehnung der Sahara durch Verschiebung der Regenzone nach Süden, was allerdings zum Ausgleich auch stärkere Regenfälle in Nordafrika bedeutet. Aber die Folgen für die von der Dürre betroffenen Gebiete sind katastrophal und sind nur mit den Folgen zu vergleichen, die vor Jahrtausenden die Austrocknung der Sahara brachte, während des sog. Klimaoptimums nördlich der Alpen mit mediterranem Klima. Heute verschärfen sich die Auswirkungen der langfristigen Klimaschwankungen durch «Entwicklung» moderner Agrartechniken in der Sahel-Zone, die den geographischen und klimatischen Realitäten widersprechen, ferner durch den jahrhundertealten Gegensatz zwischen (früher) sklavenjagenden hellhäutigen Nomaden in der Wüste und schwarzhäutigen Bauern in der Savanne, die einst Hauptobjekt der Sklavenjäger und Sklavenhändler gewesen waren.

... und versagt vor Naturkatastrophen

Die Diskrepanz zwischen selbstgemachter Naturzerstörung in den Industrieländern und Versagen gegenüber der elementaren Not in der Sahel-Zone wirft ein Schlaglicht auf die Situation der Menschheit, die sich offenbar als immer weniger fähig erweist, ihre inneren Spannungen langfristig rational und human zu lösen. Die post-imperiale Globalkrise des niedergehenden kapitalistischen Systems — u. a. sichtbar geworden in den Anschlußfolgen der sog. Energiekrise und in der sich insgesamt weltweit verschärfenden Geldentwertung mit inzwischen schon tatsächlich inflationären Ausmaßen — weist auf diese wachsende Unfähigkeit ebenso hin wie das Scheitern der Raketen- und Atomwaffenabrüstung zwischen den USA und der Sowjetunion im letzten Nixon-Breschnew-

Gipfel Anfang Juli 1974. Die nuklearen Tests Frankreichs, Chinas, neuerdings sogar Indiens, weisen in die gleiche Richtung.

Die Rohstoffländer drehen den Spieß um

Dazu markiert die Verdoppelung der Rohstoffpreise für die Industrieländer innerhalb eines Jahres die Wende eines säkularen Trends: Über drei Jahrhunderte lang bestimmten die sich industrialisierenden Länder Westeuropas, später noch Nordamerikas sowie Japan die terms of trade zu ihren Gunsten — niedrige Rohstoffpreise und hohe Preise für Industrieprodukte. Jetzt fangen die rohstoffliefernden Länder an, den Spieß umzudrehen und zumindest die Höhe der Rohstoffpreise eher zu ihren eigenen Gunsten festzulegen. Die Rückwirkungen, zunächst auf dem Ölsektor, sind einschneidender Natur, für die rohstoffarmen Entwicklungsländer kurzfristig noch schlimmer als für die Industrieländer. Aber langfristig wird sich nach allen historischen Erfahrungen eine weitere Erhöhung der Rohstoffpreise auch auf die bisher reichen Industrieländer verheerend auswirken, wenn sie sich nicht vorher geistig, moralisch und politisch auf die ihnen ins Haus stehende Veränderung einrichten: Jahrhundertlang haben sie ihren Reichtum seit der «ursprünglichen Akkumulation» (Marx) von Kapital und der damit finanzierten Industrialisierung auf Kosten der übrigen, in der modernen ökonomischen Entwicklung immer weiter zurückfallenden Länder erzielt, hatten sich seit Jahrhunderten an immer steigenden Wohlstand gewöhnt, allen Kriegen und Wirtschaftskrisen zum Trotz. Die unfreiwillige Reduzierung oder Stagnation der Zunahme an Wohlstand, gar die Abnahme des Wohlstands, wie sie sich handgreiflich in England, einst dem Mutterland der industriellen Revolution, abzeichnet, könnte zu panischen Reaktionen mit zwei formal entgegengesetzten Varianten führen — einer faschistischen bis quasi-faschistischen oder einer hyperrevolutionär-aktionistischen, wie sie sich in den sog. «maoistischen» Gruppen andeutet.

Globale Krise und ihre Auswirkung in den Ländern

Im Rahmen dieser globalen Gesamt-Krise sind die einzelnen nationalen Krisen zu sehen, von denen — an sich in schon fast ermüdender Monotonie — teilweise schon seit Jahren die Rede ist. In den USA ist die Watergate-Krise, die aus dem Auflaufen der größten kapitalistischen Weltmacht in Indochina entstand, bis zum immer wahrscheinlicher werdenden formellen Impeachment-Verfahren gegen Präsident Nixon gediehen.

«Watergate» in West und Ost

Die Praktiken, deren er angeklagt würde — im wesentlichen Bespit-

zelung von Systemkritikern mit allen Mitteln — müssen zwar in kommunistischen Ländern und unter der neo-kommunistischen «Linken» der westlichen Länder ein müdes Lächeln hervorrufen, weil in kommunistischen Ländern solche Praktiken nun einmal gang und gäbe sind, gleichsam zum System gehören, und weil den super-linken Revolutionären, sollten sie je an die Macht kommen, entsprechende Praktiken ebenfalls zuzutrauen sind. Aber für die USA, die mit einem Überschuß an moralischem Pathos angetreten sind, bedeuten nun einmal die Enthüllungen über die Methoden ihres Präsidenten à la «1984» einen tiefen Schock, der sie lähmt, die an sich notwendigen Reformen nach innen zu ergreifen. Daher ist auch nicht erstaunlich, daß die Afro-Amerikaner, im vergangenen Jahrzehnt gleichsam die eigentliche innenpolitische Front der USA, immer noch stillhalten. Offenbar warten auch sie den Ausgang der großen inneramerikanischen Krise ab.

England nach dem Verlust seiner imperialen Macht

Umso schärfer schlägt dagegen die post-imperiale Krise gegenwärtig in England durch, das jetzt erst richtig die Konsequenzen aus dem Verlust seiner imperialen Basis zu spüren beginnt. Die Englische Revolution des 17. Jahrhunderts hatte in zwei Phasen (1640-1660, 1688-1689) mehreren Entwicklungen endgültig zum Durchbruch verholfen, die seitdem die englische und damit die universale Geschichte weithin bestimmten: Sieg des industriellen Prinzips in der Form des bürgerlichen Kapitalismus, britische See- und Handelsherrschaft, erst Monopol, dann für rund ein Jahrhundert Vorherrschaft auf dem industriellen Sektor, Kolonialimperialismus, endgültige Herrschaft über Irland, elementar zementiert durch die verstärkte Ansiedlung protestantischer Siedler in Ulster, Herrschaft des Parlaments und Ausbildung des bürgerlichen Rechtsstaats. Es ist sicherlich kein Zufall, daß, nachdem seit einem Jahrhundert allmählich fast alle «Errungenschaften» der Englischen Revolution wieder verloren gegangen sind, jetzt der materielle Wohlstand ernsthaft bedroht ist, damit auch das parlamentarische System. Die beiden großen Parteien — Konservative und Labour — sind offensichtlich unfähig, die sich seit einem Jahrzehnt abzeichnende Krise konstruktiv zu bewältigen, weil sie sie möglicherweise noch nicht einmal klar erkannt haben. Wie zu erwarten war, brachten die vorgezogenen Neuwahlen im Februar keine Lösung.

Wahlen bringen keine Lösung.

Die Liberalen gewannen zwar erheblich an Stimmen, aber nur geringfügig an Mandaten hinzu, aber der «celtic fringe» (keltische Randgruppen), einst Domäne der Liberalen und von Labour, franst politisch immer mehr zugunsten von walisischen und schottischen Nationalisten

aus, die mit ihrem Programm regionaler Autonomie sozialpolitisch insgesamt ambivalent sind — teils eher konservativ-reaktionär, teils eher progressiv. Die gegenwärtige Minderheiten-Regierung der Labour-Party unter Harold Wilson vermag das Land nicht aus der Finanz- und Wirtschaftsmisere herauszuführen, selbst wenn sie bei den sich für den Herbst abzeichnenden Neuwahlen noch einmal eine absolute Mehrheit erringen sollte, was unwahrscheinlich genug ist. Der weitere ökonomische Abstieg, ob unter Labour oder Konservativen, dazu noch verschärft durch die immer unlösbarer werdende nordirische Frage, könnte schon im Laufe des restlichen Jahrzehnts zu unberechenbaren politischen Entwicklungen führen.

Nord-Irland

Auch eine Koalitions- oder Allparteien-Regierung, die plötzlich im Gespräch ist, könnte kaum viel weiterhelfen. In Ulster ist es den protestantischen Extremisten in überraschend kurzer Zeit gelungen, die Koalition zwischen den Gemäßigten auf beiden Seiten wieder durch eine Bomben- und Terrorkampagne zu sprengen, die diesmal besonders heftig London traf. Höhepunkt war der Anschlag auf das Parlamentsgebäude in Westminster. Die Neigung in England, nach altbewährtem Rezept sich einfach zurückzuziehen und das selbstgeschaffene Chaos sich selbst zu überlassen, steigt beängstigend. Konsequenter wäre, daß England dann auch seine im 17. Jahrhundert aus politischen und strategischen Gründen angesiedelten Protestanten aus Ulster ebenfalls wieder abziehen würde. Aber ob sich diese Konsequenz mit unübersehbaren Rückwirkungen politisch überhaupt durchsetzen läßt, erscheint heute noch mehr als fraglich.

Frankreich

Im benachbarten Frankreich spitzte sich die innere Krise nach Pompidous Tod im April und der vorzeitig notwendig gewordenen Präsidentschaftswahl mit der Konfrontation zwischen dem Volksfrontkandidaten Mitterand und dem Kandidaten der Rechten, Gaullisten und der Mitte, Giscard d'Estaing, weiter zu. Die knappe Wahl Giscards ersparte Frankreich vermutlich eine Neuauflage der chilenischen Situation, in der ein sozialistischer Präsident ohne Mehrheit im Parlament hätte versuchen müssen, gestützt u. a. auf die Kommunisten, sein sozialistisches Programm durchzuführen, was vermutlich den Widerstand der französischen Bourgeoisie (u. a. Kapitalflucht) und die Intervention der USA provoziert hätte. Da der neugewählte Präsident ohnehin nur die Wahl zwischen fortschreitender Inflation und Arbeitslosigkeit (durch gezielte Deflation) hat, wird es ihm kaum möglich sein, die Probleme Frankreichs zu lösen. Wie hohl Giscards Reformanspruch tatsächlich ist,

zeigt sich, daß er zwar im Protokoll einige alte Zöpfe abschneidet, aber mit den neuen Kernwaffenversuchen unverdrossen an der atomaren Machtpolitik de Gaulles festhält, die zweifelhafte «gloire» auf Kosten des französischen Steuerzahlers und der übrigen Menschheit sucht. Das unmittelbare politische Opfer war der Reformminister» Jean-Jacques Servan-Schreiber, der in diesem Punkt seiner Meinung treu blieb und die französischen Kernversuche kritisierte. Wie da die längst überfälligen Strukturreformen in Frankreich möglich sein sollen, ist kaum noch zu sehen.

Kanzlerwechsel in der BRD

Auf der anderen Seite des Rheins hat inzwischen die schon vorher zu beobachtende Erosion der Position Willy Brandts zum Rücktritt des ersten Bundeskanzlers der sozialliberalen Koalition geführt. Den besonders ungünstigen Auftakt im Reigen der Landtags- und Kommunalwahlen machte, wie erwartet, Hamburg, und die SPD-Führung reagierte auf den voraussehbaren, überwiegend auf Hamburger lokale Gründe zurückzuführenden Rückschlag panikartig, weil das schlechte Wahlergebnis die tiefe innere Unsicherheit auch innerhalb der SPD nur noch bestätigte. Der gleichzeitige Wechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt, von Gustav Heinemann zu Walter Scheel, dazu der Abgang von Erhard Eppler signalisierte ein Zurückgehen der seit knapp einem Jahrzehnt in der Bundesrepublik eher «linken» Grundstimmung, die schließlich zur sozialliberalen Koalition geführt hatte.

Pragmatismus lähmt Reformen

Mit den «Machern» kommt möglicherweise ein kurzatmiger «Pragmatismus» zur Macht, der in Wirklichkeit das Prinzip Reform nun auch in der SPD vollends paralyisiert. Gewiß sind nicht alle Veränderungen wünschenswerte Reformen. Aber wenn es im Zusammenspiel von CDU/CSU über ihre Mehrheit im Bundesrat mit dem rechten Flügel der FDP und der «Kanalarbeiter»-Mehrheit in der SPD-Bundestagsfraktion und jetzt auch in der Bundesregierung schon gelingt, selbst milde Reformen zu blockieren, so haben wirkliche Strukturreformen, die den Namen verdienen — wie im Bereich des Umweltschutzes, Sozialisierung von Schlüsselindustrien, Umverteilung des Wohlstands innerhalb der Bundesrepublik wie zwischen Industrie- und Entwicklungsländern — erst recht keine Aussicht auf Erfolg mehr. Die anfängliche, dann doch noch revidierte, Verweigerung eines bundesdeutschen Beitrags zum UN-Hilfefonds für die rohstoffschwachen Entwicklungsländer und die Begleitumstände, die zum Rücktritt Epplers als Entwicklungsminister führten, deuten auf eine fatale Verengung des politischen Horizonts in der neuen «Macher»-Regierung. Vielleicht haben Bundeskanzler

Schmidt und sein Finanzminister Apel über allen ihren fiskalischen Erwägungen — die drastischen Sparmaßnahmen könnten sehr bald zur Überwindung einer heraufziehenden Rezession ohnehin wieder einem Expansionsprogramm weichen — noch nicht begriffen, daß die sog. Dritte Welt zum wichtigsten Punkt im Außenverhältnis von Industriestaaten, zum Beispiel der Bundesrepublik, für den Rest des Jahrhunderts geworden ist. Engherzige fiskalische Faktoren könnten den Weg für eine wirklich rationale Entwicklungspolitik irreparabel verbauen.

Drohende Polarisierung

Die ersten außenpolitischen Aktionen der Regierung Schmidt lassen zugleich Zweifel aufkommen, ob der stramme Rechtskurs, den Schmidt offenbar einzuschlagen gedenkt, wirklich das Richtige ist. Die Spannungen zwischen rechtem und linkem Flügel würden so zum offenen Konflikt hochgetrieben, der für die Existenz der SPD selbst bedrohlich werden könnte. Vielmehr würde nur eine Neubesinnung auf die globalen Notwendigkeiten und Möglichkeiten unserer Situation einen Ausweg zeigen, durch eine rationale Kooperation zwischen linken und rechten Faktoren innerhalb der SPD doch noch zu buchstäblich lebensnotwendigen Reformen zu kommen. Die Alternative wäre Reaktion oder Revolution, in jedem Fall irrationale und gewaltsame Entwicklungen, die sich in unserer explosiven Welt-Situation auf vorläufig unabsehbare Zeit nur noch verschärfen würden. Die erneuten gewalttätigen Demonstrationen in Frankfurt, diesmal gegen Tariferhöhungen der Straßenbahn, weisen in eine ominöse Zukunft.

Staatsstreich-Gefahr in Italien

Südlich der Alpen zeichnet sich bereits in Italien mit der zunehmenden Polarisierung zwischen links und rechts die erwiesene Reformunfähigkeit des Systems noch deutlicher ab als in England, Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland. Die Niederlage der Democrazia Cristiana in der Scheidungsfrage bedeutet zwar einen Schritt zur vernünftigen Modernisierung der italienischen Gesellschaft und bewirkte auch, wie die Regionalwahlen in Sardinien zeigen, eine innenpolitische Schwächung der großen überwiegend konservativen Partei. Aber die Eskalation von Bombenattentaten wechselseitig gegen links und rechts provoziert das Gerücht von angeblichen Putschplänen der Militärs, die tatsächlichen Militärputschen voranzugehen pflegen. Die schon trabende Inflation zwang die italienische Koalitionsregierung zu Importbeschränkungen, die ihrerseits, zumal auch Dänemark ähnliche Maßnahmen ergriff, zu einem Auseinanderfallen der gerade erst erweiterten EG führen könnten. Jedenfalls erhebt sich die Frage, wie lange eine Gesellschaft eine solche Polarisierung, vorangetrieben durch lokale Gewaltausbrüche,

noch aushält, bis die generelle Explosion doch erfolgt — in die eine oder andere Richtung.

Umsturz in Portugal. Wohin?

Nach fast vierzig Jahren Militärdiktatur und politischer Stagnation erfolgte die politische Explosion im südöstlichsten Mitgliedstaat der NATO, in Portugal. Auslösender Punkt war die Einsicht in die Unmöglichkeit, die als Überseegebiete deklarierten Kolonien gegen die nationalen Befreiungsbewegungen in Guinea-Bissau, Angola und Moçambique zu behaupten. In einem der relativ seltenen progressiven oder linken Militärstaatsstreich, die die Geschichte kennt, wurde das Regime Caetano gestürzt. Die neue provisorische Regierung, die freie Wahlen vorbereiten soll, umschließt auch Sozialisten und Kommunisten. Sie leitete zwar unter dem Staatspräsidenten Spínola, der als stellvertretender Generalstabschef mit seinem Buch über das Scheitern der portugiesischen Afrikapolitik den Anstoß zum Umsturz gegeben hatte, rasch Verhandlungen mit den Befreiungsbewegungen in den drei Territorien ein, konnte aber noch keinen allgemeinen Waffenstillstand erzielen. Vorläufig geht der Kolonialkrieg also auch unter der neuen Regierung noch weiter. Die weitere Entwicklung muß sich erst noch zeigen — nach links zu einer auch parlamentarisch verankerten Volksfrontregierung oder nach rechts durch Abfangen der so lange aufgestauten sozialrevolutionären Potentiale. Anstelle Frankreichs könnte so Portugal zum europäischen Chile avancieren.

Werden die USA intervenieren?

Sollten es die USA wagen, eine portugiesische Volksfrontregierung wiederum durch direkte oder indirekte Intervention zu stürzen, so könnte der revolutionäre Funke auf das inzwischen labil gewordene Westeuropa überspringen — von Spanien, das im Grunde nur noch auf das Ausscheiden Francos aus der Politik wartet, über Frankreich, England, die Bundesrepublik und Italien.

Unterdrückung im Irak

Offene Repression herrscht wieder im Irak, wo die Baath-Regierung eine neue Eroberungskampagne gegen die Kurden eröffnete. Im März verlangte die irakische Regierung kurzerhand die Annahme des ohnehin um zwei Jahre zu spät vorgelegten Autonomiestatuts für die Kurden, nachdem die Kurdische Demokratische Partei die Autonomie als unzureichend kritisiert hatte. Nach kurzem Ultimatum eröffneten irakische Truppen, die offenbar vorher schon aufmarschiert gewesen sein müssen, wieder den Krieg gegen die Kurden, der seitdem unvermindert wütet, von irakischer Seite offensichtlich härter den nje zuvor mit modernen

Waffen (Raketen, Napalm und Luftbombardements) geführt. Die Unterstützung des Iraks durch die Sowjetunion gibt der Repressionskampagne, die dem Recht auf nationale Selbstbestimmung, sogar auf Demokratie, Hohn spricht, diesmal ein «progressives» Mäntelchen, nachdem die Sowjets zuvor den Kampf der Kurden unter ihrem Anführer Barzani unterstützt hatten.

Machtpolitik Moskaus ...

Die Schwenkung Moskaus würde allerdings gut in die Züge eiskalter Machtpolitik hineinpassen, die die Sowjetunion seit dem nigerianischen Bürgerkrieg auch im Nahen Osten praktiziert. Um sich die Gunst der Araber zu erhalten, wird plötzlich auch die blutige Unterdrückung einer bisher unterstützten Volksbewegung «progressiv».

... verliert an Boden in Ägypten

In der Tat müssen die Sowjets seit dem Yom-Kippur-Krieg um ihren zeitweise starken Einfluß auf Ägypten fürchten. Zwar ist der Grund, weshalb Staatspräsident Sadat den Sowjets seit einigen Monaten zunehmend die kalte Schulter zeigt, durchaus in sich honorig — zu laue Unterstützung Ägyptens im Krieg gegen Israel. Aber die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Ägypten, unterstrichen durch den Nixon-Kissinger-Besuch in Ägypten, läßt erkennen, daß die Position der Sowjetunion in Ägypten so geschwächt ist, daß sie sich offenbar um jeden Preis an die ihr verbleibenden Positionen klammert, offenbar auch um den Preis der Billigung und Unterstützung von Massakern an einem Volk, das nichts anderes als mit ehrlicher regionaler Autonomie ein bescheidenes Minimum an politischen Rechten und demokratischer Selbstbestimmung verlangt.

Generationenwechsel in der Führung Israels

In Israel bewirkte der Schock über die anfängliche Niederlage im Yom-Kippur-Krieg und die Einsicht in die wachsende politische Isolierung eine Periode der Konfusion, die sich in einer monatelangen permanenten Regierungskrise seit den Neuwahlen ausdrückte. Das schwache Minderheitenkabinett unter Golda Meir konnte sich nicht lange halten und machte — nach einer abermaligen langen Regierungskrise — einem neuen Minderheitenkabinett unter Rabin, Platz. Gegenüber den bisher traditionellen Koalitionen steht die neue Regierung — nach dem Ausscheiden der Nationalreligiösen Partei und der Aufnahme der kleinen Bürgerrechtspartei in die Regierung — eher etwas links. Das resignierend bis böse gemeinte Wort von Golda Meir nach ihrem Rücktritt, in der neuen Regierung seien ohnehin zu viele «Tauben», weist auf den Gärungsprozeß innerhalb der israelischen Gesellschaft hin, denn die

letzten Parlamentswahlen hatten ja eigentlich die «Falken» gestärkt.

Trotz aller parlamentarischen Schwäche bedeutete das Kabinett Rabin doch eine gewisse Chance für eine Wendung zum Besseren im Nahostkonflikt, einen Ansatz zu einer rationalen Lösung. Er könnte allerdings leicht wieder zerstört werden im Zusammenspiel zwischen israelischen Chauvinisten und arabisch-palästinensischen Extremisten, so wie einst 1953-55 die Konstellation des jungen Nasser in Ägypten und Moshe Sharrett als israelischer Ministerpräsident eine Chance geboten hätte, die 1954-55 jedoch durch gezielte Provokationen israelischer Chauvinisten (David Ben Gurion durch die Lavon-Affäre und das Bombardement von Gaza) mutwillig wieder zerstört wurde.

Die Palästinenser Frage

Die bisherige Kompromißlösung in Gestalt des Truppenauseinanderrückens an der Suezfront und auf der Golanhöhe, die Kissinger mit seinem hartnäckigen persönlichen Einsatz erreichte, wäre ein Schritt in die richtige Richtung, die zur schrittweisen Entspannung im Nahen Osten führen könnte. Die Welle palästinensischer Attentate in Israel und die schon traditionsgemäße überharte Reaktion der Israelis auch unter der neuen, an sich gemäßigeren Regierung Rabin, zeigen an, wie verletzlich von beiden Seiten der neue Ansatz zur Aussicht einer Chance auf Hoffnung zu einer konstruktiven Lösung noch immer ist. Ohne die Anerkennung des nationalen Selbstbestimmungsrechts für die Palästinenser in einem eigenen Staat wenigstens auf der sog. West-Bank, also dem seit 1967 von Israel besetzten Ostteil Palästinas, wird Israel allerdings auf der Suche nach Frieden nicht weiterkommen.

Afrika und der Nahe Osten

Inzwischen scheint der Nahostkonflikt in Afrika Weiterungen nach sich zu ziehen. Im Herbst 1973 hatten die meisten afrikanischen Staaten südlich der Sahara ihre diplomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen, aus Solidarität mit den arabischen Ländern. Von der Erhöhung der Erdölpreise wurden die afrikanischen Staaten, ähnlich wie Indien, am härtesten betroffen, zumal viele Entwicklungsprojekte (Produktion von Düngemitteln, Bewässerung) auf Erdöl angewiesen sind. Das traditionelle schwarzafrikanisch-arabische Ressentiment brach auf der letzten Sitzung der Organisation für Afrikanische Einheit mit der Drohung afrikanischer Staaten, Ägypten und den Sudan vom Nilwasser abzusperren, wenn die Araber nicht zu Sonderpreisen für Erdöl zugunsten ihrer schwarzafrikanischen Brüder bereit sind, in ganz neuer Form auf. Hier ebenso wie auf der UN-Rohstoffkonferenz zeichnet sich eine Differenzierung innerhalb der «Dritten Welt» ab, nämlich der Konflikt zwischen rohstoffbesitzenden (z. B. arabische Ölländer, Nigeria) und

rohstoffarmen Entwicklungsländern (weite Teile Schwarzafrikas, Indien). Es wäre allerdings fatal, wollten die Industrieländer diese beiden Gruppen der Entwicklungsländer gegeneinander ausspielen, weil die großen Weltprobleme doch nur gemeinsam zu lösen sind.

Äthiopien muß sich umstellen

Südlich der Sahara wirkte sich die Dürrekatastrophe — lange aus politischer Eitelkeit vertuscht — in Äthiopien als auslösendes Moment zum sich anbahnenden Sturz der Monarchie aus. Die älteste Monarchie der Erde, in ihrem Selbstverständnis im Prinzip unreformiert seit ihren legendären Anfängen in den Tagen Salomons, war längst auch die reaktionärste Monarchie geworden. Gestützt auf die älteste unreformierte christliche Kirche, die Koptische Kirche, die als der größte Landbesitzer in Äthiopien, zusammen mit der amharischen Feudalaristokratie und dem Kaiser, nur noch als politische Fossilien aus einer in der übrigen Welt schon fast völlig versunkenen Gesellschaftsordnung in die Gegenwart hineinragte, fühlte sich Heile Selassie noch immer als der absolute Herrscher über einem der letzten traditionellen Imperien der Welt. Aber die inneren Spannungen und Widersprüchlichkeiten waren in Äthiopien bereits so groß, daß — auch nicht in die verwirrenden Details eingeweihte — Zeitgenossen sie erkennen konnten: Der Konflikt zwischen dem Reichsvolk, den koptischen Amharen, und den seit der Mitte des 19. Jahrhunderts unterworfenen — meist muslimischen «Minderheiten», die zusammen die Mehrheit der Bevölkerung in Äthiopien ausmachen; die Diskrepanz der hoffnungslos archaischen Wirtschafts- und Sozialstrukturen und dem potentiellen agrarischen Reichtum Äthopiens, der bei sachgemäßer Bearbeitung des Bodens offenbar ganz Schwarzafrika mit agrarischen Produkten versorgen könnte; die Diskrepanz zwischen (bisherigem) außenpolitischem Prestige Äthopiens als einzigem afrikanischen Staat, der, von der kurzen Spanne italienischer Eroberung (1936-41) abgesehen, stets unabhängig geblieben war, und der inneren Rückständigkeit auf wirtschaftlichem, sozialem und politischem Gebiet; der Konflikt zwischen dem imperialen Anspruch Äthopiens und der Befreiungsbewegung Eritreas, das nach der Zerschlagung der international sanktionierten Autonomie 1961 in einen nationalen Unabhängigkeitskampf eintrat, vergleichbar dem der Kurden im Irak. Die Erfolglosigkeit im Kampf gegen die Befreiungsbewegung Eritreas höhnte die Vertrauensbasis zwischen Armee und Regime allmählich aus, ähnlich wie in Portugal, und den äußeren Anstoß zur Revolution auf Raten gab eine Meuterei von Truppen in Eritrea gegen schlechte Verpflegung und niedrigen Sold. Die latente, im Grunde schon lange schwelende politische Vertrauenskrise entzündete sich an der Unfähigkeit und Unwilligkeit des Regimes, konstruktive Maßnahmen gegen die aus

Prestigedenken lange verschwiegene Dürrekatastrophe in einigen Provinzen Äthiopiens, wo offensichtlich schon rund eine halbe Million Menschen umkamen, zu formulieren und in Gang zu setzen.

Äthiopien: Trügerisches Bild der Stabilität . . .

Ähnlich wie in Spanien und Jugoslawien, wo die Gesellschaft nur noch auf das Abtreten ihrer jeweiligen großen Männer an der Spitze des Staates wartet, um sich anschließend ihrer (zunächst wohl destruktiven) inneren Dynamik hinzugeben, so wartet im Grunde Äthiopien nur noch auf das Abtreten des 81jährigen Negus, hinter dem kein Nachfolger vergleichbaren Formats sichtbar wird. Die Dürrekatastrophe hat nun den Schleier von der trügerischen Fassade angeblicher Stabilität in der ältesten Monarchie der Welt weggerissen, mit dem Ergebnis, daß die Gesellschaft nicht mehr auf das natürliche Abtreten des Negus wartet. Selten läßt sich in unserer Gegenwart beobachten, wie sich eine politische Führungspersonlichkeit und die von ihm repräsentierten Institutionen buchstäblich selbst überleben wie jetzt in Äthiopien. Als nächstes Beispiel wird sich vielleicht demnächst der gleichaltrige «Caudillo» Franco in Spanien präsentieren, nachdem im benachbarten Portugal mit dem 76jährigen Staatspräsidenten Thomas im April Ähnliches geschehen ist.

Wendung im südlichen Afrika?

Die Rückwirkungen des Umsturzes in Portugal machten sich auch sofort im südlichen Afrika bemerkbar. Die Unabhängigkeit von Angola und Moçambique ist heute mehr denn je nur noch eine Frage der Zeit und der Modalitäten. Eine Komplikation könnte eintreten, wenn sich innerhalb der portugiesischen Siedler der Flügel durchsetzen sollte, der eine «weiße» Unabhängigkeit nach dem Muster Rhodesiens, letzten Endes auch der Südafrikanischen Republik, anstrebt. Gestützt auf Südafrika könnte dieser Flügel versuchen, im Dreieckskampf gegen den Flügel unter den Portugiesen in Moçambique und Angola, der die afrikanische Unabhängigkeit bereit ist zu akzeptieren oder gar zu unterstützen, und gegen die afrikanischen Befreiungsbewegungen ihre «Unabhängigkeit» zu etablieren und zu behaupten. Selbst wenn dieser Flügel vorübergehend Erfolg haben sollte, so läßt sich schon heute voraussagen, daß ihm langfristig kein Erfolg beschieden sein wird.

Politische Folgen der Befreiung von Moçambique und Angola

Denn kurzfristig hat bereits jetzt schon der Umschwung in Portugal den enormen Druck auf Sambia, das ein Jahrzehnt lang als vorgeschobener Posten des unabhängigen Afrika fast völlig isoliert war, erheblich reduziert. Die schlagartige Entwertung der politischen Eisenbahn von

Tansania nach Sambia, die die Chinesen gerade eben mit zwei Jahren Planvorsprung fertigstellen, ist dafür ein Symptom ebenso wie die tiefe Unruhe in der Südafrikanischen Republik selbst. Wird Moçambique unabhängig, so hätte die Südafrikanische Republik erstmals ein Stück gemeinsame Grenze mit einem unabhängigen afrikanischen Staat, der zudem mit der FRELIMO eine (soweit von außen zu erkennen) bisher einheitliche und solide Befreiungsbewegung aufzuweisen hat, ähnlich wie Guinea-Bissao, aber im Unterschied zu Angola. Die strategischen Vorwerke Angola und Moçambique wären nicht nur gefallen und in Vorwerke der afrikanischen Befreiungsbewegung umgewandelt, sondern auch die Vorwerke Namibia (früher Deutsch-Südwestafrika) und Rhodesien wären umgangen, ja Rhodesien wäre jetzt seinerseits weitgehend isoliert, so wie bisher umgekehrt Sambia. In Rhodesien scheint der Guerillakrieg der dortigen Befreiungsbewegung inzwischen ohnehin solche Fortschritte gemacht zu haben, daß ökonomische und politische Konsequenzen bald zu erwarten sind. Der Umschwung in Angola und Moçambique würde das Schicksal der einseitigen Rebellen-«Unabhängigkeit» Rhodesiens vollends besiegeln. Und dann wäre die Südafrikanische Republik endgültig dran.

Südafrikanische Republik: Bantustan-Politik oder Integration der Schwarzen?

In der Südafrikanischen Republik beginnt sich möglicherweise schon die Dialektik der Apartheid-Politik mit ihrer vorläufig letzten Konsequenz der Bantustan-Politik einerseits, dem Zwang zur Integration aus ökonomischen Gründen andererseits auszuwirken. Sollte die früheren Reservate tatsächlich den Weg bis zur angeblichen Unabhängigkeit frei erhalten, so käme das langfristig der freiwilligen Auflösung der Südafrikanischen Republik gleich, erst recht unter den neuen Bedingungen einer bevorstehenden afrikanischen Unabhängigkeit in Angola und Moçambique. Andererseits zwingen ökonomische Erfordernisse im weißen «Kernland» der Südafrikanischen Republik bereits dazu, die Apartheid wenigstens punktuell zu lockern, will die herrschende Klasse dort den hohen Industrialisierungsgrad aufrechterhalten. Bei dem beschränkten Reservoir an weißer Bevölkerung für eine unerläßliche Facharbeiterschaft oder wenigstens angelernte Arbeiterschaft wird es immer unvermeidlicher, das Ausmaß an moderner Bildung für Afrikaner, ihre Zulassung zu modernen Berufen und ihre Mobilität in den weißen Industriebereichen zu erweitern, womit aber auch die ökonomische Kraft wie das politische Selbstbewußtsein der Afrikaner steigen wird, das eines Tages das gesamte System sprengen kann. So gleicht das Apartheid-System von nun an einer Kerze, die an beiden Enden brennt. Der Tag X für die Südafrikanische Regierung wird kommen, wenn sie sich

weltpolitisch völlig isoliert sehen wird, dann nämlich, wenn die USA und ihre kapitalistischen Verbündeten von den eigenen Problemen so absorbiert sein werden, daß sie dem Apartheid-System in seiner Agonie nicht mehr zu Hilfe eilen können, weder ökonomisch noch politisch noch gar militärisch.

Indien: Ein politischer Albtraum

Zum politischen Albtraum im Großen entwickelt sich immer mehr Indien. Unter dem Druck einer gnadenlosen Bevölkerungsexplosion, einer zweijährigen Trockenperiode und dem Zwang zur Modernisierung sind im letzten halben Jahr längerfristig angelegte Spannungen durchgebrochen, die den Wahlsieg Indira Gandhis von 1972 wieder zunichte machen. Das Ausbleiben des Monsuns während zweier Jahre, jetzt auch das Ansteigen der Ölpreise, hat Indien so tief getroffen, daß es der Katastrophe zuzutreiben scheint. Die «grüne Revolution», die Indien von der Einfuhr von Grundlebensmitteln in wenigen Jahren unabhängig machen sollte, erwies sich als Illusion. Hungerrevolten in mehreren Bundesstaaten führten zu gemeinsamen Demonstrationen und Aktionen von Studenten und Arbeitern, mit denen sich Polizei und regionale Miliz sogar solidarisierten, sodaß Indira Gandhi in ihrem Heimatstaat Uttar Pradesh Militär einsetzen mußte, um die soziale Bewegung blutig niederzuwerfen. Die Zündung einer indischen Kernexplosion vermochte wenigstens in Indien noch einmal vorübergehend die inneren Spannungen durch eine Art nationaler Euphorie zu überdecken, wie sich am kläglichen Ende des großen Eisenbahnerstreiks, zwei Tage nach der Atomexplosion, zeigte, aber mittelfristig ist nicht zu sehen, wie die nukleare Energie Indiens Probleme lösen soll, ohne daß möglichst rasche traditionelle Barrieren gegen eine vernünftige ökonomische Entwicklung rasch und resolut gebrochen werden — die Heiligkeit von Kühen, Affen und Ratten verdammt nun einmal Hunderte von Millionen Menschen in Indien zu Hunger und Unterernährung.

Vietnam: Der Krieg ist noch nicht zu Ende

Der düstere Ausblick auf das vergangene halbe Jahr wird nicht heller durch ein abschließendes Wort über Vietnam, wo formal Waffenstillstand herrscht, faktisch aber der Krieg weitergeht, wie wiederum enthüllt wurde, immer noch mit diskreter, den Waffenstillstandsvertrag verletzender US-Hilfe für Vietnam. Sollten die USA nicht endlich den Weg zu wirklichen freien Wahlen geben, so würde die Gewalt letzten Endes doch noch entscheiden müssen, in diesem Fall für die Befreiungsfront, die sich, ähnlich wie das System in Nordvietnam, für das vietnamesische Volk als die bessere, sauberere und insgesamt humanere Alternative erwiesen hat.

Immanuel Geiss.